Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

26.6.1931 (No. 146)

Visual Library

Nr. 146 Freitag, den 26. Juni 1931 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Vor den Aussprachen der Staatsmänner

Der deutsche Besuch in Paris

WTB. Paris, 26. Juni. (Tel.) Soweit die Morgenblätter sich mit dem Zeitpunkt des Besuches Brünings und Curtius in Paris beschäftigen, sprechen sie, wie auch der „Matin", von den ersten Tagen des Juli; einzelne nennen den 4. Juli. Der Besuch würde bis zum 6. Juli dauern. Nach dem, was von unterrichteter Seite bekanntgeworden ist, kann jedoch festgestellt werden, daß alle diese Angaben verfrüht sind.

*

In **Berlin** wird erklärt, daß bisher weder eine Einladung erfolgte, noch ein Zeitpunkt für die Zusammenkunft festgesetzt wurde. Die französische Regierung habe den Vorschlag sehr freundlich aufgenommen. Ihr wäre offenbar sogar daran gelegen, daß der Besuch recht bald erfolge. Die Abwesenheit des Kanzlers und des Außenministers von Berlin ist aber unmöglich in dieser Situation, die jeden Augenblick neue Überraschungen bringen kann. Es ist deshalb notwendig, zunächst zu warten, bis eine **Klärung über die Durchführung des Hooverschen Vorschlages** erzielt worden ist. Erst dann wird Frankreich offiziell anfragen, ob eine Einladung erwünscht ist, und darauf wird man sich über den Zeitpunkt des Zusammentreffens verständigen. Die Zusammenkunft selbst gilt aber **schon jetzt als sicher**, und zwar wird sie im nächsten Monat stattfinden.

Stimson fährt am Samstag nach Europa ab

Staatssekretär **Stimson** schifft sich morgen, Samstag, auf der „Conte Grande" nach **Europa** ein.

Er erklärte, es habe sich nichts ereignet, um den ursprünglichen Reiseplan umzustoßen. Die Verhandlungen über den Hoover-Plan seien an einem Punkte angelangt, wo sie sich so gut entwickeln, wie man nur erwarten könnte. Natürlich gebe es stets Detailfragen, deren Erledigung Zeit brauche, aber man habe gute Fortschritte gemacht und, da verschiedene wichtige Verabredungen für ihn in europäischen Hauptstädten getroffen seien, so habe Präsident Hoover ihm geraten, am ursprünglichen Reiseplan festzuhalten. Die Verabredungen beträfen **Konferenzen mit verschiedenen europäischen Außenministern** und ein Diner beim Präsidenten der französischen Republik. Er werde vom 9. bis 15. Juli in **Italien** sein, also nicht zum französischen Nationalfeiertag in Frankreich eintreffen, und er plane nicht eine Zusammenkunft mit Macdonald und Henderson in **Berlin**, wo er erst am **21. Juli** ankommen werde.

Der Berliner Besuch Macdonalds und Hendersons

Im englischen Unterhaus teilte Clynes mit, daß **Macdonald** und **Henderson** die Einladung des deutschen Reichskanzlers zu einem Besuch in Deutschland mit großer Freude angenommen hätten. Sie würden am **17. Juli** nach Berlin reisen, wo sie bis zum 20. Juli zu verbleiben gedächten.

Mellons Ankunft in Paris

WTB. Paris, 26. Juni (Tel.). Die amerikanische Botschaft gab folgendes Communiqué heraus: Schatzsekretär **Mellon**, der gestern nachmittag von London kommend in Paris eingetroffen war, hat längere Zeit mit dem amerikanischen Botschafter konferiert und sich dann zu einem einfachen Höflichkeitsbesuch zu Finanzminister **Flandin** begeben. Der erste Kontakt mit der französischen Regierung wird am Freitag auf einem Frühstück stattfinden, das der Ministerpräsident **Laval** gibt.

England entlastet seine Schuldner

WTB. London, 26. Juni (Tel.). In Verfolg der Entscheidung der britischen Regierung, **Hoovers Vorschlag** anzunehmen, ist, wie die „Times" berichten, den Regierungen, die vereinbarungsgemäß ihre Kriegsschulden an Großbritannien in Raten zahlen, mitgeteilt worden, daß **weitere Zahlungen dieses Jahr nicht erwartet** werden.

Hoover plant auch Hilfsaktion für Südamerika

WTB. New York, 26. Juni (Tel.). Wie die „Times" aus Washington melden, erwägt Hoover auch eine **Hilfsaktion für Südamerika**, die selbstverständlich andere Formen annehmen müßte, als die Aktion für Europa, da es sich dort vorwiegend um wirtschaftliche Probleme und private Schulden, also nicht von Regierung zu Regierung, handle. Es sei eine Wirtschaftskonferenz für Südamerika in Aussicht genommen.

Aufsehenerregende Verhaftungen in Glasgow

WTB. London, 26. Juni. (Tel.) Eine Sensation war gestern für Glasgow die **Verhaftung von zwei angesehenen vereidigten Buchsachverständigen und Rechtsanwälten.** Sie werden beschuldigt, falsche Angaben über eine Reihe von **Textilfirmen** zur Schädigung der Lloyds-Bank Ltd. veröffentlicht zu haben. Ferner wurde noch der frühere Direktor einer Textilfirma in Batley verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, die Lloyds-Bank in gleicher Weise um 50 000 Pfund Sterling betrogen zu haben. Es erfolgte noch eine vierte Verhaftung und es verlautet, daß eine Reihe weiterer Festnahmen bevorsteht.

Letzte Nachrichten

Keine Umbildung des Reichskabinetts

Das Primat der Außenpolitik

CNB. Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel.) In den letzten Tagen sind in der Presse wieder Meldungen aufgetaucht, die von einer bevorstehenden Umbildung des Reichskabinetts wissen wollen. In unterrichteten politischen Kreisen bezeichnet man diese Frage jedoch als vorläufig überhaupt nicht akut.

Auch in führenden Kreisen der Deutschen Volkspartei wird die Auffassung vertreten, daß jetzt selbstverständlich die **Außenpolitik den Vorrang** hat und innerpolitische Fragen unter allen Umständen ruhen müssen. In diesem Sinne dürfe sich der Kanzler in den letzten Tagen auch mit dem Führer der Deutschen Volkspartei verständigt haben. Nach unseren Informationen ist auch nicht damit zu rechnen, daß Brüning in absehbarer Zeit das Wirtschafts- und das Justizministerium neu besetzt, innerpolitische Veränderungen sind vielmehr nicht zu erwarten, solange die großen außenpolitischen Fragen nicht zu einem gewissen Abschluß gekommen sind.

Die französischen Forderungen

Amerikanische Zugeständnisse?

WTB. Paris, 26. Juni. (Priv.) Havas berichtet aus Washington, Staatssekretär Stimson habe gestern eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter gehabt. Nach dieser Unterredung erklärte Stimson, seine Aussprache mit dem französischen Botschafter über die Verhandlungen wegen des Hooverschen Vorschlages sei ermutigend gewesen. Der Eindruck, der sich aus dieser Unterredung zu zeichnen scheine, so berichtet Havas weiter, sei, daß die USA geneigt seien, die Berechtigung gewisser Argumente des französischen Gegenvorschlages anzuerkennen, und daß das Staatsdepartement diesen gegenwärtig prüfe.

*

WTB. London, 26. Juni. (Tel.) Die „Times" berichten aus **Washington, Stimsons** Beschluß, schon am Samstag nach Europa abzureisen, ist auf die Überzeugung zurückzuführen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo er mit Nutzen persönlich an den inoffiziellen Besprechungen und Verhandlungen teilnehmen kann, die in Europa im Gange sind. Stimson wird weiterhin sehr an den Aussichten der **Abrüstungskonferenz** interessiert sein, aber am meisten werden ihn die Besprechungen über die Einzelheiten des **Hoover-Planes** beschäftigen.

Amerika soll, den „Times" zufolge, bereit sein, dem **französischen Wunsch** nach einer **Änderung des Vorschlages**, die die Integrität des Youngplanes aufrechterhält, weit **entgegenzukommen.** Wenn ein Plan ausgearbeitet werden könne, der die französische Öffentlichkeit davon überzeuge, daß der Youngplan nicht für dauernd aufgehoben werde, und der zugleich die öffentliche Meinung in den USA davon überzeuge, daß die amerikanischen Opfer eine wirkliche Hilfe für Deutschland bedeuten, so würde die amerikanische Regierung einen solchen Plan fast sicher annehmen.

Italiens Zustimmung

WTB. Washington, 26. Juni (Tel.). Das **Staatsdepartement** veröffentlicht eine vom italienischen Botschafter überreichte **zweite Note**, in der erklärt wird, Italien beabsichtige, den Moratoriumsvorschlag Hoovers am 1. Juli prompt und restlos auszuführen.

Die italienische Regierung teilte der englischen, der französischen und der deutschen Regierung offiziell mit, daß Italien den Hoover-Vorschlag annimmt.

Um die Arbeitszeitkürzungen

WTB. Berlin, 26. Juni. (Tel.) Nachdem im Reichsarbeitsministerium aus Anlaß der der Reichsregierung verliehenen Ermächtigung am 24. Juni vormittags **Verhandlungen über die Frage der Arbeitszeitverkürzung** mit der **Papierindustrie** stattgefunden hatten, wurden am Nachmittag desselben Tages Verhandlungen über die gleiche Frage mit dem **Vervielfältigungsgewerbe**, insbesondere dem **Buchdruckgewerbe**, geführt. Auch diese Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die beteiligten Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erklärten, die Fragen in **freien Verhandlungen** zu lösen.

Abrüstungsdebatte in London

WTB. London, 26. Juni. (Tel.) Man sagt hier, daß die **Abrüstungsdebatte** am Montag im **Unterhaus** „ungewöhnlich wichtig" sein wird. Premierminister **Macdonald** werde die Erörterungen einleiten und Mitteilungen über die Schritte machen, die in **England** in Richtung auf die Abrüstung getan worden sind. Er werde es klarmachen, daß nach Ansicht der Regierung die Abrüstung nicht einseitig sein dürfe und daß England bereits soweit wie möglich gegangen sei. Weiter werde er erklären, daß andere Nationen ebensoweit gehen müssen.

Die Verteidigung des britischen Weltreichs. Der englische Premierminister Macdonald gab im Unterhaus bekannt, daß am Montag auf Ersuchen der konservativen Opposition eine allgemeine Aussprache über Fragen der Verteidigung des britischen Weltreiches stattfinden wird.

Wirtschaftliche Umschau

Die Reichsbank in der Krise — Lebenshaltung und Wirtschaftskrise — Notverordnung und Kohlenwirtschaft

Der **letzte Reichsbankausweis** vom 23. Juni gibt eine Bilanz der am Ende der Vorwoche beendeten Krise. Die Devisen- und Goldabziehungen in den drei Krisenwochen werden auf rund 1¼ Milliarden Reichsmark beziffert, da zu den offen ausgewiesenen 1072 Mill. Reichsmark noch weitere Abgaben an unsichtbaren Devisenbeständen kommen. Seit den Erklärungen Hoovers haben die Abzüge im wesentlichen aufgehört, doch gab es am Donnerstag wieder 20 Milliarden Reichsmark Abgaben, die auf die besonders vielen Fälligkeiten dieser Tage zurückgeführt werden. Die **Deckung der umlaufenden Noten** durch Gold und Devisen betrug am 23. Juni 40,4 Proz. gegen 68,4 Proz. am gleichen Tag des Vormonats. Damit ist die gesetzliche Grenze von 40 Proz. nahezu erreicht worden, wenn auch die Golddeckungsgrenze allein mit 37,8 Proz. erheblich über der Mindestgrenze von 30 Proz. blieb. Der Notenumlauf hat sich nur wenig verringert, er betrug am 23. Juni einschließlich Münzen und Privatbanknoten 5208 Mill. Reichsmark, gegen 2261 Mill. Reichsmark im Vormonat und 5485 Mill. Reichsmark im Vorjahr. Der **neue internationale Goldkredit** in Höhe von 420 Mill. Reichsmark, der der Reichsbank zur Verfügung gestellt wurde, soll ihr die Möglichkeit geben, den **bevorstehenden Halbjahres-Ultimo** mit seinen besonders großen Ansprüchen — man schätzt sie auf 600 bis 800 Mill. Reichsmark — zu überwinden, ohne von neuen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Notendeckung Gebrauch machen zu müssen.

Gegenüber der vielfach zu hörenden Ansicht, daß eine Unterschreitung der Notendeckung bereits „**Inflation**" bedeute, ist darauf hinzuweisen, daß zunächst die Reichsbank das Recht hat, im Notfall die Deckung auf den Vorkriegsstand von 33 Proz. herabzusetzen. Aber sie kann auch von der anderen Seite her den vorgeschriebenen Deckungssatz wieder herstellen, und zwar durch Verringerung des Notenumlaufs, nämlich durch Erhöhung der Zinssätze (Diskonterhöhung) und Einschränkung der Kredite, von welchen Mitteln zunächst Gebrauch gemacht wurde. Inflation ist noch nicht dasselbe, wie ein Sinken des Markwertes auf den ausländischen Märkten unter die Goldgrenze, dadurch könnte sie höchstens eingeleitet werden. Gelingt es aber, den Notenumlauf so zu verringern, daß die Deckungsgrenze wieder erreicht wird, so muß sich auch der Markwert wieder herstellen, zumal auch das Ausland Mark zum Einkauf in Deutschland braucht. Andernfalls muß eine immer weitere Verringerung der Umlaufsmittel zu immer schwereren Wirtschaftsstörungen führen und zunächst die volle Auszahlung der Löhne und Gehälter unmöglich machen. Vor einer solchen Gefahr standen wir bereits am Ende der Vorwoche. Eine wirkliche Inflation begänne erst damit, daß die Reichsbank in erhöhtem Maß auf Veranlassung der Reichsregierung ungedeckte Noten ausgibt. Solche Zeiten haben wir in den ersten Nachkriegsjahren erlebt. Die Reichsbank ist jedoch durch das Reichsbankgesetz jetzt so unabhängig, daß sie sich jedem etwa in solcher Richtung gehenden Druck einer Regierung widersetzen könnte.

*

Die **Einwirkung der Wirtschaftskrise auf die Lebenshaltung** in Deutschland behandelt das Institut für Konjunkturforschung in eingehenden Darlegungen. Das Ergebnis der statistischen Erhebungen bestätigt die Annahme, daß die Bevölkerung, um ihren „starren Bedarf", vor allem an Nahrung zu befriedigen, zur Einschränkung der übrigen Ausgaben gezwungen war, zumal die Preissenkungen nur einen Teil des Einkommensausfalles ausgleichen. Betroffen wurden vor allem Genußmittel und Güter des verfeinerten Nahrungsbedarfs, was bei Tee, Tabak, Südfrüchten, Gewürzen in günstiger Weise auf unsere Außenhandelsbilanz einwirkte, hier aber, und noch mehr bei anderen Artikeln, auf der anderen Seite wieder den Beschäftigungsgrad im Inland in Handel und Industrie verschlechterte und, wie z. B. bei Bier, Branntwein, Tabak auch die deutsche Landwirtschaft in Mitleidenschaft zog. Bei diesen Artikeln hat das Zusammentreffen von sinkendem Einkommen und infolge der Steuererhöhung gestiegenen Preisen zu mengenmäßigen Verbrauchsrückgängen bis zu einem Drittel geführt. In Nahrungsmitteln selbst ist der Verbrauch kaum ge-

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 50. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sunken, wenn wohl auch billigere Nahrungsmittel bevorzugt wurden. Bei Schweinefleisch ist der Verbrauch sogar um 15 Proz. gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wofür der Verbrauch des teuereren Rind- und Kalbfleisches um 10 Proz. gesunken ist. Der „elastische Bedarf" (für Kleidung usw.) mußte gegenüber dem starren Nahrungsmittelbedarf zurücktreten, weshalb auch bei Textilien in Deutschland ein Verbrauchsrückgang trotz der Preissenkung eintrat und weshalb auch die Verkehrsgewerbe, nicht zuletzt die Reichsbahn, erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen hatten.

Der **Rückgang des Einkommens** der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird im 1. Vierteljahr 1931 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres auf 1,5 Milliarden Reichsmark oder 15 Proz. angenommen. Der Ausfall durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wird auf 1,2 Milliarden geschätzt, dazu kommt die Senkung der Tariflöhne, die in den wichtigsten Industriezweigen nach dem Stand vom 1. April meist 5—7 Proz. ausgemacht hat, und die Kürzung der Beamtengehälter. Diese Maßnahmen bedeuten, volkswirtschaftlich betrachtet, zum Teil einschneidende Einkommenverschiebungen, da die Beträge, die auf der einen Seite aufgebracht werden, den Arbeitslosen zur Unterstützung und zur Bestreitung des notwendigsten Konsums dienen. So mußten sich die oben erwähnten Umschichtungen des Verbrauchs ergeben, mit Senkung des gesamten Verbrauchsniveaus überhaupt, entsprechend dem gesunkenen Gesamteinkommen des deutschen Volkes, das ja nicht nur die Arbeitnehmerschichten betraf.

*

Die Notverordnung beschäftigt sich in zwei Punkten mit bedeutsamen **Fragen der deutschen Kohlenwirtschaft.** Zunächst handelt es sich um die Frage der **Verlängerung der Syndikate,** der unter Reichsaufsicht stehenden Absatzorganisationen der Zechengebiete. Es wurde in der Notverordnung die bis jetzt strittige Rechtsfrage dahin geklärt, daß der Reichswirtschaftsminister von einer etwa bestehenden **Verpflichtung,** den Zusammenschluß oder den Beitritt zu einem Syndikat herbeizuführen, entbunden ist. Es handelt sich hier vor allen Dingen um das Ruhrsyndikat, das, weil sich die Hütten- und reinen Zechen über die **Umlagefrage** nicht hatten einigen können, nun schon sechsmal durch Zwangseingriffe des Reichs hat verlängert werden müssen. Die Zechen erhielten durch die Notverordnung jetzt die freie Verantwortung über diese Frage, und die neue Vorschrift erhält ihren wirtschaftspolitischen Sinn erst dann, wenn man gewillt ist, von dieser Freiheit auch Gebrauch zu machen. Es geht jetzt um die prinzipielle Frage beim Ruhrbergbau: Syndikat oder syndikatloser Zustand. Eine überwiegende Mehrheit der Zechen hat sich bereits für die freiwillige Verlängerung ausgesprochen unter der Bedingung, daß die Umlagefrage durch ein Schiedsgericht bis zum 30. Juni gelöst wird.

Die zweite Bestimmung der Notverordnung sieht die Möglichkeit einer **Kohlenpreissenkung** vor, und zwar durch ganzen oder teilweisen Erlaß der Beiträge der Untertagearbeiter im Steinkohlenbergbau zur Arbeitslosenversicherung für eine begrenzte Zeit (9 Monate). Diese Beiträge soll das Reich übernehmen, und es sind etwa 26 bis 28 Millionen dafür in Aussicht genommen. Die im Reichskohlenverband vereinigten Kohlensyndikate haben sich in einer Entschließung dagegen ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß eine solche Preissenkung aus Reichsmitteln, d. h. zu Lasten der Allgemeinheit erfolge, daß die dafür in Aussicht genommenen Mittel unzureichend seien, die deutsche Wirtschaft anzukurbeln, und daß der Einsatz von Reichsmitteln zur künstlichen Beeinflussung der wirtschaftlichen Preisbildung überhaupt grundsätzlich unrichtig sei. Dieses letzte prinzipielle Argument wäre sinngemäß für alle anderen Wirtschaftsgruppen gültig, und man wendet sich damit auch gegen die umfangreichen der Landwirtschaft zuteil gewordenen Subventionen. Kohlenbergbau und Industrie haben dadurch jedenfalls ihrerseits Subventionen selbst zurückgewiesen. Das Ruhr-Syndikat klagt darüber, daß bereits die Ankündigung der Möglichkeit einer Kohlenpreissenkung auf den Absatz nachteilig eingewirkt habe, da infolge der Zurückhaltung des Handels die Sommerrabatte für den Hausbrand den Absatz nicht genügend belebten, und so sich der Absatzrückgang im Sommer mehr als notwendig verschärft habe.

*

Auch der dänische Ozeanflug geglückt

Die beiden dänischen Flieger, die am Mittwoch zum Transatlantikflug in Neufundland gestartet waren, würden am Donnerstag in Kopenhagen erwartet. Man hatte bereits Vorbereitungen zu einem feierlichen Empfang getroffen. Sie hatten sich jedoch über Spanien verflogen und gelangten nach Deutschland. Am Donnerstagnachmittag um halb 6 Uhr landeten sie in **Krefeld.** Um ¾7 Uhr flogen sie nach Kopenhagen ab, mußten jedoch abends spät in **Bremen** notlanden. Über ihren Ozeanflug berichten sie, daß sie sehr schlechtes Wetter hatten und während 13 Stunden größtenteils in 2000 Meter Höhe über den Wolken flogen. Donnerstag früh erreichten sie das Festland in Spanien und flogen dann, ohne eine Landung vorzunehmen, über Frankreich weiter. Die Durchschnittsgeschwindigkeit während des ganzen Fluges betrug etwa 180 Kilometer pro Stunde. Bei dem Flugzeug handelt es sich um denselben Typ, mit dem Chamberlin und Levine 1927 ihren Ozeanflug durchführten.

*

WTB. **Bremen,** 26. Juni. (Tel.) Die dänischen Transozeanflieger Hillig und Hoejriis sind heute vormittag um 11.37 Uhr nach Kopenhagen gestartet. Ihre Ankunft in Kopenhagen wird um 13.30 Uhr erwartet.

Der Rekordflug der amerikanischen Flieger

Die beiden amerikanischen Flieger Post und Gatty, die am Mittwochnachmittag in **Moskau** gelandet sind, haben bekanntlich die Absicht, den Weltumfliegungsrekord des Luftschiffes „Graf Zeppelin" von 21 Tagen, 7 Stunden und 34 Min. zu brechen. Sie starteten am Dienstag früh 9.56 Uhr (Berl. Zeit) in Roosevelt-Fields auf Long Island bei **Neuyork** und trafen nach 7½stündigem Flug in **Harbour Grace** auf Neufundland ein. Die Überquerung des Ozeans wurde Dienstag abend um 8.28 Uhr (Berl. Zeit) begonnen. Mittwoch mittag 12.20 Uhr wurde Bangor in Wales überflogen. Die beiden Amerikaner haben also den **Ozean in nicht ganz 16 Std. überquert.** In **Sealand,** in der Nähe von Chester, nahmen sie eine kurze Landung vor und starteten um 14.05 Uhr zum Weiterflug nach **Berlin,** wo sie nach einer kurzen Zwischenlandung in Hannover eintrafen. Die Flieger hoffen, **die Reise um die Welt in 10 Tagen** bewältigen zu können. Die bisherigen Ozeanüberquerungsrekorde, der von Levine und Chamberlin mit 44 Stunden (Neuyork—Kottbus) und der von Lindbergh mit 33½ Stunden (Neuyork—Paris) sind also bereits überboten.

*

WTB. **Moskau,** 26. Juni. (Tel.) Die amerikanischen Flieger Post und Gatty sind heute früh 5 Uhr zum **Weiterfluge gestartet.** Die Flieger beabsichtigen, die erste Zwischenlandung in **Omsk** vorzunehmen. Von dort führt die Route über **Irkutsk,** Tschita, Chabarovsk bis Espast, wo zum letzten Male die Brennstoffvorräte für den Flug über den Pazific ergänzt werden sollen.

Amerikanische Seekadetten in Berlin. 150 Seekadetten von der Besatzung der amerikanischen Kriegsschiffe **„Arkansas"** und **„Wyoming"** sind in Berlin eingetroffen. Die beiden Schiffe liegen zur Zeit im Hafen von **Kopenhagen.** Die Seekadetten sind auf einige Tage nach Berlin beurlaubt worden, um die Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt kennenzulernen. Das Kriegsschiff „Wyoming" hat bekanntlich das Unterseeboot „Nautilus" nach Irland geschleppt.

Der Danziger Volkstag hat in erster und zweiter Lesung den ihm vorgelegten Gesetzentwurf betr. Maßnahmen zur **Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung** angenommen. Die Regierung hat beschlossen, mit fester Hand durchzugreifen.

Für ein Sonderregime für Elsaß und Lothringen. Nach einer Meldung des „Messager de l'Alsace" hat in den letzten Tagen in **Straßburg** eine Zusammenkunft zwischen Senator **Müller** und den Abgeordneten **Meck** und **Selz** einerseits und mehreren Angehörigen der Fraktion der Volkspartei unter Führung des Grafen **von Pange** stattgefunden. Der Zweck der Beratungen war die Ausarbeitung eines regionalen Statuts für Elsaß und Lothringen unter Vermeidung einer eigentlichen Autonomie. Abbé **Haegy** nahm an der Sitzung teil.

Aus den Ländern

Bestochene Landtagsabgeordnete in Anhalt

In **Dessau** hatten sich vor dem Anhaltischen Staatsgericht unter Vorsitz von Reichsgerichtspräsident Dr. **Bumke,** die früheren Hausbesitzer-Abgeordneten Oberpostsekretär **Günther** und Buchdruckereibesitzer **Marzan** wegen Bestechung zu verantworten. Im Herbst 1929 wechselten diese beiden Abgeordneten im Landtag die Front und halfen dadurch der Regierungsvorlage auf **Verpachtung der Anhaltischen Salzwerke** an die Preußag zur Annahme. Andererseits hatte der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Dr. **Eisenberg** festgestellt, daß sich die **beiden Abgeordneten vom Bankdirektor Seiffert 10 und 20 000 RM auszahlen ließen.** Die Vermutung, daß diese beiden Tatsachen in Beziehung stehen könnten, brachte den Verdacht der Bestechung auf. Die Beklagten wollen jedoch die Gelder nur genommen haben, um wirtschaftliche Nachteile, die ihnen infolge ihrer Abstimmung drohten, abwenden zu können. Der Vorsitzende erklärte, daß das Staatsgericht in der Hauptsache festzustellen habe, ob der Vorwurf der Bestechung zu Recht erhoben worden oder nicht. Das Strafmaß scheide aus.

Der Spruch des Gerichts lautete: Die Angeklagten sind der **Bestechung** im Sinne des anhaltischen Gesetzes **schuldig.** Beide tragen die Auslagen des Verfahrens je zur Hälfte. Der Präsident sprach die Hoffnung aus, daß das Verfahren zur Reinhaltung des politischen und parlamentarischen Lebens beigetragen haben möge.

*

Verbot der „Süddeutschen Arbeiterzeitung". Das württembergische Innenministerium hat die „Süddeutsche Arbeiterzeitung", die in letzter Zeit wiederholt beschlagnahmt worden ist, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten bis zum 11. Juli 1931 verboten.

Das Verbot uniformierter Aufzüge in Bayern. Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages wurde am Donnerstag ein nationalsozialistischer Antrag auf Aufhebung des Verbotes uniformierter Aufzüge mit allen gegen fünf Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Im Sächsischen Landtag kamen am Donnerstag verschiedene kommunistische Anträge zugunsten einer Abtreibungsamnestie sowie auf Gewährung einer Amnestie für politische und ähnliche Vergehen zur Verhandlung. Die Anträge wurden mit großer Mehrheit **abgelehnt,** desgleichen ein Antrag der Kommunisten, die sächsische Regierung möge bei der Reichsregierung für die Aufhebung des § 218 eintreten.

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz gegen einen Anschluß an Preußen. Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz trat am Donnerstag zusammen, um zu der Regierungsvorlage über den Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen Stellung zu nehmen. Aus den Reden der Parteiführer ergab sich, daß die nach der Verfassung erforderliche **Zweidrittelmehrheit** für die Annahme der Regierungsvorlage im Landtag **nicht zu erzielen** ist. Die Regierung wird wahrscheinlich ihre Vorlage wieder zurückziehen. Damit ist die Frage, ob Mecklenburg-Strelitz sich an Preußen anschließen wird, im verneinenden Sinne entschieden.

Die Beisetzung des früheren Reichstags-Alterspräsidenten Bock-Gotha erfolgte am Donnerstag in Gotha unter außerordentlich starker Beteiligung. Staatssekretär a. D. **Baudert** gedachte des Verstorbenen als Senior der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Reichstagspräsident **Löbe** schilderte ihn in bewegten Worten als einen Mann, der seine besten Kräfte für die Arbeiterbewegung eingesetzt habe und legte im Auftrage des Reichstages einen Kranz an der Bahre nieder.

Mandatsniederlegung bei der Deutschen Volkspartei. Der bisherige volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Georg **Bellmann** hat in einem Schreiben an den Parteiführer Dingeldey sein Mandat niedergelegt. Er gehört dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei an, war aber wegen einer Erkrankung seit längerer Zeit dem politischen Leben in Deutschland ferngeblieben. In seinem Brief begründet allerdings Dr. Bellmann seine Mandatsniederlegung kurz mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse.

Ergebnislose Nachverhandlungen für den Ruhrbergbau. In den am 25. Juni im Reichsarbeitsministerium in Berlin stattgefundenen Nachverhandlungen über den Lohnschiedsspruch im Ruhrbergbau vom 20. Juni 1931 ist eine Einigung der Parteien nicht zustande gekommen. Die Entscheidung über den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches liegt nunmehr beim **Reichsarbeitsminister.**

Über die Verhaftung eines Beamten des französischen Außenamtes wird berichtet, daß es sich ein Mitglied der **Chiffrierabteilung** handelt. Er hat chiffrierte, aus Amerika stammende Telegramme entwendet und einem **Börsenmakler zu Spekulationszwecken** zur Verfügung gestellt. Auch der Börsenmakler wurde verhaftet.

Badisches Landestheater

Salome

Die Uraufführung dieser Straußoper vor einem Vierteljahrhundert (Dresden 1905) ist ein historisches Datum in der deutschen Musikgeschichte. Ebbte doch seit dieser Premiere die Wagner-Welle, das falsch verstandene Epigonentum des Erlösungsgedankens merklich ab, machte sich doch auch seither die Musik selbst wieder frei von der pathetischen Gebärde. Freilich wollten damals viel Henker Strauß beinahe den Kopf abschlagen, denn man zieh ihn der Dekadenz und der Perversität und schüttete ätzenden Spott über seine sinnliche Salomewelt aus, fand die darin gezeigten Gegensätze von wilder Erotik und mystischer Askese, von hysterischer Verzückung und neurasthenischer Zerfahrenheit überhaupt eines Komponisten unwürdig, und weil man glaubte, Strauß habe eben nur auf niederste Instinkte spekulieren wollen, ergingen sogar Hoftheaterverbote für das Werk.

Inzwischen hat sich die Atmosphäre stark entgiftet, und wenn wir auch nicht gerade mit Waltershausen diese Tondichtung als von einer tiefen Ethik erfüllt anzusehen vermögen und noch weniger glauben können, Salome wäre, nur einen Tag später geboren, zu einer Maria Magdalena geworden, so steht heute immerhin allgemein fest, daß in der um jene Prinzessin von Judäa geschriebenen Partitur der Blutstrom eines wahrhaft großen Künstlers kreist. Die jetzige Generation hat um so mehr Anrecht überdies, sich an der symbolischen Mischung von Weltenliebe und Weltenkeuschheit zu erfreuen, da ja das Silbergefäß, in der sie dargeboten wird, durch den Autor mittlerweile eine nicht unerhebliche Modifikation erfahren hat. Einstens benötigte Strauß nämlich eine Truppe von ungefähr 100 Musikern, darunter allein 19 verschiedene Holzbläser, und so detailliert er auch dieses Riesenorchester behandelte, so war es trotzdem mit seinen ungeheuren Ausmaßen eine stete Gefahr für die Sänger, die gegenüber solch instrumentalem Ansturm nur eine teilweise Erfüllung dessen zu geben vermochten, was sie eigentlich sollten. Aber Strauß hat daneben auch die Partie der Königstochter der wahnwitzigen Anstrengung und etlicher unnatürlicher Kopftöne entkleidet und sie dadurch zu einer Figur gemacht, die bei einiger guter gesanglicher wie mimischer Darstellung nicht bloß ein künstliches Dasein fristet, sondern wirklich dramatisches Interesse gewinnt.

Die Neueinstudierung am badischen Landestheater geschah nun in dieser „erleichterten" Fassung, die gleichwohl noch der Schwierigkeiten übergenug birgt, sofern sie einigermaßen straußisch wirken soll, wenn die Bühne dämonisch zittern soll. Zweifellos darf aber unsere Oper für sich in Anspruch nehmen, daß ihr das tatsächlich gelungen ist, und mag auch (schon äußerlich) die Gestalt der Salome zumal etwas anders in der Erinnerung leben, so bleibt es dennoch ein überraschendes Verdienst von **Ellen Winter,** wie sie das Artifizielle der Tochter der Herodias abstreifte, wie sie nach anfänglicher Befangenheit sowohl zu einer unheimlichen Wortdeutlichkeit durchdrang und auch darstellerisch in jene leuchtend-rote Leidenschaftlichkeit hineinwuchs, die dem Kind einer fürstlichen Mänade eigen sein muß. Ganz besondere Anerkennung verdient noch, daß sie die Orgie der sieben Enthüllungen selbst tanzte, und zwar gar nicht so zahm und verlegen, wie sich gewöhnlich eine Sängerin bei diesem genialen Orchesterstück bewegt. Allerdings fehlte dieser verführerischen Szene manches von dem echt orientalischen Gepräge, das hier unbedingt nötig dünkt. Doch war das mehr ein Mangel der Regie, die auch sonst die südlichen Reizsamkeiten nur eben andeutete und die schwüle Gesamtspannung dafür durch eine rotgrüne Lichtwirkung zu geben suchte. Man konnte in einigem **Viktor Pruscha** gewißlich beistimmen, im ganzen schien uns aber diese Lösung zu eintönig und auch die von **Torsten Hecht** gebaute Dekoration eher primitiv als monumental. Doch dies nur nebenbei, denn der Eindruck litt wenig darunter oder wurde so ausschließlich vielmehr auch durch die übrigen Darsteller bestimmt, daß man die da und dort verfehlte Milieuzeichnung kaum beachtete. Es waren vor allem **Theo Strack** und **Fine Reich-Dörich,** die als unmenschliches Fürstenpaar mit Qualitätsleistungen aufwarteten. Auch das berühmte Judenquintett erklang hervorragend, nicht minder eindrucksvoll kam die Prophetie des Jochanaan aus dem Munde **Hans Ritschls** zum Vortrag. Noch allerlei selbst bei kleinsten Rollen (u. a. **Wilhelm Rentwig, Elfriede Haberkorn**) wäre lobend zu erwähnen, doch trug die Aufführung so deutlich die Signatur von Generalmusikdirektor **Josef Krips,** daß mit der Nennung seines Namens alle anderen Beteiligten eingeschlossen sind als Träger eines musikalischen Ausdruckswillens, dem sie sich selten einheitlich unterordneten. Ebenso einmütig fand sich dann das fast ausverkaufte Haus zu minutenlangem Beifall zusammen, wohl den schönsten Lohn für den großen Eifer, der auf die Vorstellung unbestritten verwendet worden war.

H. Sch.

Evang. Kirchenmusikalisches Institut in Heidelberg. In Heidelberg ist unter Leitung des evangelischen Landeskirchenmusikdirektors Prof. Dr. **Poppen** von der Evangelischen Landeskirche ein Evang. Kirchenmusikalisches Institut eröffnet worden, welches die Aus- und Fortbildung von Organisten und Chorleitern bezweckt. Gegenstand des Unterrichts sind Instrumentenspiel, Gesangs- und Gehörbildung, Dirigierlehre, musiktheoretische Fächer, Instrumentenlehre, Musikgeschichte und Liturgik. Außerdem wird ein kirchenmusikalisches Seminar gehalten. Vorlesungen und Übungen aus dem Gebiete der Musikwissenschaft an der Universität, welche für die Studierenden des Evang. Kirchenmusikalischen Instituts in Betracht kommen, sowie Vorlesungen und Übungen des Prakt. Theol. Seminars, welche für die Studierenden des Evang. Kirchenmusikalischen Instituts von Wert sind, werden diesen zugänglich sein.

Eine Freilichtaufführung des „Schinderhannes". In Heidelberg fand am Sonntag eine außerordentlich beifällig aufgenommene Freilichtaufführung von Carl Zuckmayers „Schinderhannes" statt. Man hatte den Haarlaß als Naturtheater ausersehen und eine kleine Gruppe theaterfreudiger Schauspieler und Liebhaber agierten unter der Leitung des Heidelberger Oberspielleiters Walter **Jensen.** Das zahlreiche Publikum kargte nicht mit reichem Beifall.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die angebliche Rekordfahrt der „Empreß of Britain"

CNB. Bremen, 26. Juni. (Priv.-Tel.) Zu den Meldungen über eine **Rekordfahrt** des englischen Dampfers **„Empreß of Britain"** wird vom Norddeutschen Lloyd mitgeteilt, daß die in diesen Veröffentlichungen herangezogenen Vergleiche mit der Geschwindigkeitsleistung des deutschen Schnelldampfers **„Europa"** unrichtig sind. Es ist aus den englischen Meldungen nicht ersichtlich, **welche Strecke** die „Empreß of Britain" gefahren ist. In Frage kommt der Weg durch die Belle-Isle-Straße mit 2756 Seemeilen Länge oder via Cape Race mit 2872 Seemeilen. Im ersteren Falle hätte das englische Schiff im Durchschnitt 25,32 Seemeilen pro Stunde, im zweiten eine Geschwindigkeit von 26,91 Seemeilen in der Stunde erzielt. Beide Leistungen bleiben hinter denen des Schnelldampfers „Europa" mit 27,91 Seemeilen zurück, so daß von einer Rekordfahrt des Dampfers „Empreß of Britain" keine Rede sein kann.

Start des Schienen-Zeppelins Berlin-Hamburg

WTB. Berlin, 26. Juni. (Tel.) Der **Propellertriebwagen** des Ingenieurs Kruckenberg fuhr heute früh um 4.25 Uhr vom Bahnhof Stadion-Grunewald über Charlottenburg, Witzleben nach dem Betriebsbahnhof **Grunewald**, wo nach halbstündigem Aufenthalt um 5.30 Uhr die **Fahrt** über Magdeburg, Hagen, Wuppertal nach **Düsseldorf** angetreten wurde. Auf dieser Strecke darf der Wagen nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 90 Kilometer fahren, um entgegenkommende Züge nicht durch Steinschlag zu gefährden. Der Wagen bleibt bis Sonntag früh in Düsseldorf und kehrt dann nach Hannover zurück.

Der Schienenzeppelin hat um halb 8 Uhr morgens **Magdeburg** passiert, Kreiensen um 9.33 Uhr, Holzminden planmäßig um 10.12 Uhr.

Nach einem Flug von 230 englischen Meilen, der von **Brüssel** über **Valencienne** nach **Calais** führte, wo eine Zwischenlandung vorgenommen wurde, ist der Segelflieger Robert **Kronfeld** am Donnerstagnachmittag mit seinem Segelflugzeug, das sich im Schlepp eines Flugzeuges befand, in **Hanworth** bei London gelandet. Dies stellt einen neuen Erfolg im Schleppflug dar.

Kleine Chronik

Schwere **Unwetter** sind am Mittwoch in **Oberbayern** niedergegangen. Am Nordufer des **Chiemsees** wurden 8 Ortschaften schwer heimgesucht. Weiter schwer betroffen wurde ein Teil des **Inntales** und des **Wendelsteingebietes**. Am Fuße des Wendelstein ist die gesamte Getreide- und Obsternte vernichtet worden. Das **Unwetter** war hier so erbarmungslos, daß auf den Getreidefeldern kein Halm mehr aufrecht steht. Auch in einer Reihe anderer Ortschaften wurde die Ernte 50—100prozentig zerschlagen.

Schwere **Unwetter** haben erneut verschiedene Gegenden der **Schweiz** heimgesucht. Im Bigental (Kanton Bern), einem südlichen Seitental des mittleren Emmentals, hat das Wetter besonders schlimm gehaust.

Auf dem Gelände der Deutschen Industriewerke in **Spandau** brach am Donnerstag im Betrieb einer Kohlenverwertungsgesellschaft ein großes Schadenfeuer aus, durch das vier Personen schwer und acht leicht verletzt wurden.

Der Erste Lord der Admiralität, **Alexander**, erklärte im englischen Unterhaus, daß alle Bemühungen zur Rettung des Unterseebootes **„Poseidon"** endgültig aufgegeben worden seien, da das Schiff in einer Tiefe von 40 Metern rasch im Schlamm versinke.

Badischer Teil

Reichs-Winzerkredite

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat im Benehmen mit dem Reichstag neue Bestimmungen über die Weiterbehandlung der Winzerkredite getroffen. Sie werden mit Ergänzungen, die sich aus der s. Zt. erfolgten Verteilung der Winzerkredite für das Land Baden ergeben, nachstehend bekannt gemacht.

1. Die rückständigen Zinsen für die Winzerkredite I (1925) und II (1926) aus dem Jahre 1927 sind bis zum 31. Dezember 1931 einzuziehen; sie können dem Kapital zugeschlagen werden und sind mit diesem zu verzinsen und zu tilgen.

2. Von der Erhebung der Zinsen **aller** Winzerkredite wird für die Jahre 1928, 1929 und 1930 abgesehen. Soweit diese bereits gezahlt sind, werden sie als Tilgungsbetrag auf die Kapitalrückzahlung angerechnet.

3. Die Schuldsummen aus den beiden Krediten I und II sind, beginnend vom 15. November 1931 an, in 10 gleichen Jahresraten zu tilgen.

4. Vom 1. Januar 1931 an sind Winzerdarlehen bis zu 600 *RM* mit 1 Prozent zu verzinsen, wovon ½ Prozent an die Reichskasse abgeführt wird und ½ Prozent als Hebgebühr der Gemeindekasse (Stadtkasse) verbleibt, welcher der Einzug obliegt. Hat ein Darlehensnehmer mehrere Darlehen aus den Reichskrediten erhalten, so wird für jeden Kredit die 600 *RM*-Grenze gesondert festgestellt. Da in Baden der Winzerkredit II (1926) aus zwei Reichskrediten besteht, die s. Zt. zur Ermöglichung einer reibungslosen Verteilung zusammengeworfen worden waren, so ist das Darlehen aus diesem Kredit zur Feststellung der Grenze zu halbieren, so daß gegebenenfalls diese für 3 Kredite zu ziehen ist.

5. Darlehen, die im einzelnen mehr als 600 *RM* betragen, sind zu den bisherigen Zinssätzen (I. Kredit: 3 Proz., II. Kredit: 1,65 Proz.) zu verzinsen. Für diese größeren Darlehen kann die Landesregierung mit Zustimmung des Reichslandwirtschaftsministers auf Antrag und nach Prüfung der Vermögensverhältnisse und Bedürftigkeit die gleiche Zinsregelung wie unter Ziffer 4 treffen. Anträge sind beim Bürgermeisteramt unter Angabe des Kapitalbetrags und des Winzerkredits (I, II) einzureichen.

Aus der badischen Industrie

Erweiterung der Chemischen Fabrik Wohlgelegen, Mannheim. Die der Kali-Chemie-AG. gehörende Chemische Fabrik Wohlgelegen wird zur Zeit mit einer Kapitalinvestitution von mehreren Millionen vollkommen neu aufgebaut und modernisiert. Eine Vorbedingung für diesen Aufbau der alten chemischen Fabrikanlage war die Möglichkeit eines unmittelbaren Wasseranschlusses, der jetzt durch eine doppelgleisige Schienenanlage in Länge von 300 Metern nach dem Neckarkanal erreicht wurde. Die Verladeanlage am Neckarkanal wird in diesen Tagen in Betrieb genommen werden. Mit dem unmittelbaren Wasseranschluß und der durchgeführten Neuanlage des Fabrikationsbetriebes dürfte die Chemische Fabrik Wohlgelegen zu den modernsten chemischen Fabrikbetrieben Deutschlands gerechnet werden.

25 Jahre Badischer Verkehrsverband

Das Programm der Hauptversammlung in Karlsruhe

Der Badische Verkehrsverband kann in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die **Karlsruher Hauptversammlung** des Badischen Verkehrsverbandes, die in der Zeit vom 26. bis 28. Juni stattfindet, wird deshalb als Jubiläumstagung besondere Bedeutung erhalten.

Am Freitag, den 26. Juni, tritt der Gesamtvorstand zu einer geschlossenen Sitzung zusammen. Am Samstag, den 27. Juni, wird nach einer geschlossenen Sitzung des Landesausschusses nachm. 2 Uhr die 25. **öffentliche Hauptversammlung** im Bürgersaale des Rathauses stattfinden. Abends 6.30 Uhr ist sodann aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Badischen Verkehrsverbandes in der Badischen Hochschule für Musik ein **Festakt** vorgesehen, dem Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden anwohnen. Musikalische Darbietungen, bei denen der Badische Kammerchor (Leitung Hochschuldirektor Franz Philipp), das Kammerorchester der Badischen Hochschule (Leitung Konzertmeister Josef Peischer) und als Solisten Dr. Fritz Lang (Tenor), Begleitung Frau Mathilde Preß-Roth (Pianistin) mitwirken, beschließen den kurzen Festakt, an den sich ein gemeinsames Essen im Hotel Germania mit gemütlichem Beisammensein anschließt.

Für Sonntag, den 28. Juni, ist eine Ausflugsfahrt mit Kraftwagen der Reichspost von Karlsruhe über Ettlingen, Albtal, Gernsbach nach Baden-Baden vorgesehen, wo die Städtische Kurdirektion den Teilnehmern ein Frühstück gibt. Nachmittags erfolgt die Fahrt über die fertiggestellte neue Autohöhenstraße mit Kaffepause in Hundseck und Rückfahrt über Herrenwies, Schwarzenbachtalsperre, Murgtal, Forbach, Baden-Baden nach Karlsruhe.

Tagungen

Gustav-Adolf-Fest in Bretten. In der festlich geschmückten Melanchthonstadt hielt der Gustav-Adolf-Verein seine 86. Hauptversammlung ab. Beim Festgottesdienst in der überfüllten Stiftskirche überbrachte der Kirchenpräsident D. **Wurth** die Grüße und Wünsche der Oberkirchenbehörde. In der Festversammlung, die ebenfalls in der Stiftskirche stattfand, hielt der Landesvorsitzende, Stadtpfarrer Lic. Fritz **Hauck** (Stockach) einen interessanten Vortrag über die deutsch-evangelischen Gemeinden am Schwarzen Meer. Im Rahmen der geschäftlichen Verhandlungen überreichte Stadtpfarrer **Kolb** als Festgabe der Brettener Einwohnerschaft den Betrag von über 1000 *RM*.

Gemeinderundschau

Zum Heidelberger Zwangsetat. Über den vom Landeskommissär festgesetzten Haushaltsplan der Stadt Heidelberg wird bekannt, daß neben der Erhöhung der Bürgersteuer eine Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren von 10 auf 15 Rpf. eingesetzt ist. Der Landeskommissär ist also hier über den Vorschlag der Stadtverwaltung hinausgegangen. Ferner sind folgende Änderungen vorgesehen: Gemeindegrundvermögen 1,35 statt 1,25 *RM*., Betriebsvermögen 52 (bisher 50) Rpf., Gewerbeertragsteuer 7,74 statt 7,50 *RM*.

Generalbebauungsplan für die Stadt Eberbach. Der Gemeinderat hat dem Oberbaurat Dr. **Schmieder** in Heidelberg die Ausarbeitung eines Generalbebauungsplanes übertragen. Nachdem er seine Arbeiten nunmehr vollendet hat, nahm er in einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung Gelegenheit, das Ergebnis seiner Studien darzulegen. Er schilderte, in welcher Weise das vorhandene Baugebiet für die verschiedensten Zwecke nutzbar gemacht werden kann: Industriegelände, Kleinwohnungsgebiet, Villengebiet usw. Übergehend zum Verkehrsplan wurde dargelegt, welche Ausgestaltung das Straßennetz der Stadt Eberbach finden muß, um den Verkehrsbedürfnissen der Zukunft Rechnung zu tragen und zugleich den Charakter der Stadt Eberbach als Fremdenverkehrsstadt weiterhin auszugestalten. Im weiteren Verlaufe dieser Darlegungen erläuterte der Redner den Grünplan, das Problem der Altstadtsanierung und die Frage der städtischen Grundstückspolitik. Den Schlußausführungen des Redners, wonach eine glückliche städtebauliche Entwicklung nur dann erzielt werden kann, wenn sie von einem einheitlichen Grundgedanken geleitet sein wird, schloß sich der Gemeinderat, wie der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. **Frank**, feststellen konnte, einmütig an. Es wird nunmehr Aufgabe der Stadtverwaltung sein, dafür zu sorgen, daß die vielfältigen Ideen und Anregungen, die im Generalbebauungsplan enthalten sind, von allen Zweigen der Stadtverwaltung bei allen städtebaulichen Fragen als Richtlinien beachtet werden.

Der Plankstadter Voranschlag. Der Voranschlag für 1931 wurde durchberaten. Der ungedeckte Aufwand beträgt abzüglich der Genußauflage von 6300 *RM* 75 025 *RM*, da 259 943 *RM* Einnahmen 341 268 *RM* Ausgaben gegenüberstehen. Umgelegt würde sich daraus ein Steuersatz von 310 Hundertteilen ergeben, das sind 119 *Rpf* vom Grundvermögen, 46 *Rpf* vom Betriebsvermögen und 8,55 *RM* vom Gewerbeertrag.

Die Gemeindefinanzen Durlachs. Die Stadt Durlach hatte schon immer besonders schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Der Wohlfahrtsetat ist gewaltig angewachsen und dürfte für das laufende Jahr die enorme Summe von 700 000 *RM* erreichen. Um den Voranschlag auszugleichen, bedarf es einschneidender Sparmaßnahmen.

Die Kehler Gemeindesteuern. Der Gemeinderat Kehl hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, da der Etat noch nicht fertiggestellt werden konnte, vorläufige Gemeindesteuer für 1931 zu erheben, und zwar 120 *Rpf* vom Grundvermögen, 69 *Rpf* vom Betriebsvermögen und 862,5 *Rpf* vom Gewerbeertrag. Weiter hat der Gemeinderat beschlossen, gemäß Antrag der Nationalsozialisten, durch eine neungliedrige Kommission die Einstufung der Beamten und Angestellten nachprüfen zu lassen. Schließlich wurde beschlossen, die Frage der Errichtung einer zweiten Apotheke in Kehl bis zum 1. Januar 1932 ruhen zu lassen.

L 132
Zwischen 2 Zigaretten
3 Wybert-Tabletten

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitag morgen: Der kräftige Kälterückfall der letzten 24 Stunden, der im ganzen Lande mit ergiebigen Niederschlägen verbunden war, ist beendet. Von Nordwesten hat sich jetzt ein **großes Hochdruckgebiet** mit über 770 mm Höchstbarometerstand nach Mitteleuropa verlagert und Aufheiterung gebracht. Nur im Alpenvorland fällt noch strichweise Regen, doch wird das Wetter auch dort besser werden. Wir können jetzt für einige Tage mit trockenem Hochdruckwetter rechnen, bei dem die Temperaturen durch Einstrahlung von Tag zu Tag wieder steigen werden. **Voraussage:** Heiter und trocken bei leichten nordöstlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 402 minus 8, Basel 216 plus 7, Schusterinsel 215 plus 10, Kehl 416 plus 36, Maxau 572 plus 12, Mannheim 513 plus 36, Caub über 200 Zentimeter.

Konstanz und die Weltsprache Volapük. Zum Andenken an den vor hundert Jahren geborenen Prälaten Johann Martin **Schleyer** (18. Juli 1831), der die Weltsprache Volapük geschaffen hat, soll nach einem Beschluß des **Konstanzer** Stadtrats, sobald sich hierzu Gelegenheit bietet, eine Straße „Schleyerstraße" benannt werden. Außerdem soll die am Hause Schottenstraße 37 angebrachte Gedenktafel am Todestage mit einem Kranz geschmückt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Hochbetrieb im Rheinstrandbad Rappenwört. Seit der Saisoneröffnung Anfang Mai hat das Karlsruher Rheinstrandbad Rappenwört bis jetzt schon einen ziffermäßigen Rekordbesuch aufzuweisen, der für die frühsommerlichen Monate immerhin erstaunlich ist. Der Monat Mai schloß mit einer Gesamtbesucherzahl von 38 000 Personen ab (im Vorj. 13 000). Bis Ende Juni verzeichnet man weitere 40 000 Besucher und Badegäste, wobei der dritte Sonntag des Monats (14. Juni) den Rekordanteil mit 10 000 Strandbadgästen davontrug. Dieser so unerwartet bald einsetzende Hochbetrieb in der diesjährigen Karlsruher Badesaison dürfte nicht allein auf die günstige Witterung, sondern auch darauf zurückzuführen sein, daß sich infolge der heutigen Wirtsschaftsverhältnisse breite Volkskreise im Ferien- und Wochenendverkehr auf nahegelegene Erholungsziele beschränken. Das Programm der Rappenwört-Veranstaltungen in diesem Sommer ist sehr reichhaltig. Im Hinblick auf die Austragung der deutschen Ringtennismeisterschaft, mit der voraussichtlich auch gleichzeitig um die badische Meisterschaft gespielt werden wird, ist die Zahl der Ringtennisplätze von 34 auf 50 erhöht worden. Für Mitte September sind auf 8 bis 14 Tagen in Rappenwört wieder Rundflüge mit Wasserflugbooten in Aussicht genommen.

Eine Kundgebung der Polizeibeamten. Im „Colosseum" in **Karlsruhe** hielt am Donnerstagnachmittag der Landesverband der Polizeibeamten Badens eine Protestkundgebung gegen die Notverordnung ab, der auch die Landtagsabgeordneten Trinks (Soz.), Bauer (DVP.) und Frau Richter (DNVP.) beiwohnten. Das Hauptreferat hielt Verbandssekretär **Schimmele**, der in eindringlichen Worten die Not der Polizeibeamtenschaft schilderte. Schon bisher sei die Polizeibeamtenschaft durch Kürzungen der Aufwandsentschädigungen, der Kleidergelder sowie bei der Beförderung benachteiligt gewesen. Durch die neue Notverordnung werde ihre Not noch vergrößert. Der Redner wies u. a. auch auf die großen Gefahren hin, die für die öffentliche Sicherheit dadurch entstehen können, daß die durch Gehaltskürzungen in ihrer Lebenshaltung eingeschränkten Polizeibeamten ihren Dienst nicht mehr ordnungsmäßig versehen können. In gleichem Sinne sprach der Vorsitzende des Landesverbandes, Oberinspektor **Höllein**, wobei er besonders auf die Kürzung der Kinderzulage, die Inanspruchnahme auch der kleinsten Einkommen durch den Wegfall der Freigrenze und die ungerechte Ortsklasseneinteilung Bezug nahm. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde die Herausnahme der Polizeibeamten aus der Notverordnung gefordert.

Evangelische Bruderhilfe. Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern veranstaltete der Evang. Landeswohlfahrts- und Jugenddienst in Baden und der Verband Evang. Jugendheime und Jugendherbergen Badens e. V. im ganzen Land am **5. Juli** eine Straßensammlung und vom 5. bis 11. Juli eine Haussammlung unter dem Leitwort „Evangelische Bruderhilfe". Das Ergebnis der Sammlung soll einerseits den evangelischen Gemeinden Mittel in die Hand geben, um schwerste Notstände zu lindern, in welche Familien unverschuldet, besonders infolge von Erwerbslosigkeit, geraten sind.

Langstreckenflug der Brieftauben. Am Donnerstagabend ist ein Brieftaubentransport der Vereine „Merkur", Baden-Baden, und des Oofer Brieftaubenklubs nach St. Pölten in Österreich abgegangen. Die Brieftauben werden sich an dem am kommenden Sonntag stattfindenden Langstreckenflug über 546 Luftkilometer ab St. Pölten beteiligen, an dem auch alle übrigen badischen Vereine teilnehmen. Rund 10 000 Tauben aus allen Gegenden des Landes sind an dem Wettflug der Brieftauben beteiligt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. Juni Geld	26. Juni Brief	25. Juni Geld	25. Juni Brief
Amsterdam 100 G.	169.39	169.72	169.39	169.72
Kopenhagen 100 Kr.	112.71	112.93	112.72	112.94
Italien . . 100 L.	22.04	22.08	22.04	22.08
London . . 1 Pfd.	20.474	20.515	20.474	20.515
New-York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.473	16.513	16.473	16.513
Schweiz . . 100 Fr.	81.52	81.72	81.60	81.76
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.15	59.27
Prag . . . . 100 Kr.	12.467	12.472	12.467	12.487

Abschluß des Rediskontkredites für die Reichsbank. Zur Befriedigung des Ultimobedarfs hat die Reichsbank mit der Bank von England, der Federal Reservebank von New York, der Bank von Frankreich und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich ein Abkommen getroffen, durch das eine Rediskontmöglichkeit in ausreichendem Umfang gesichert ist. Jede der vier Banken beteiligt sich an dem auf **100 Millionen Dollars** bemessenen Gesamtbetrag mit einem Viertel, d. h. mit einer Summe bis 25 Millionen Dollars. Der Gegenwert wird auf Verlangen der Reichsbank zu deren Verfügung bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel eingezahlt.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 24. Juni d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10¼ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7375 pence.

Die Auslosung der Anleiheablösungsschuld des Reichs im Jahre 1931. Die diesjährige Ziehung der Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld des Deutschen Reichs wird am **Montag, 12. Oktober 1931**, stattfinden. Für 100 *RM* Nennwert (500 *RM* Einlösungsbetrag), deren gegenwärtiger Kurswert ungefähr 260 *RM* beträgt, gelangen im Falle der Auslosung am 31. Dezember 1931 (unter Zuwachs der aufgelaufenen Zinsen von 27 Proz.) 635 *RM* ohne Abzug zur Auszahlung.

Unveränderte Sparkassenzinssätze

In den letzten Tagen ist in einem Teil der badischen Presse die Forderung erhoben worden, daß die öffentlichen Sparkassen mit ihren Einlagezinsen in die Höhe gehen, nachdem der Reichsbankdiskontsatz um 2 Prozent heraufgesetzt wurde. Dazu wird uns geschrieben: Die öffentlichen Sparkassen haben das größte Interesse daran, den Sparern möglichst hohe Zinsen zu gewähren und dadurch die Kapitalbildung in Deutschland zu fördern. Sie haben aber andererseits auch Verpflichtungen gegenüber der Kredit in Anspruch nehmenden Wirtschaft. Deren Zinsenlast soll nicht erhöht werden. Die Heraufsetzung der Einlagezinsen hätte aber zwangsläufig die Erhöhung dieser Zinsenlast im Gefolge. Die Stabilität der Zinsen, die bei den öffentlichen Sparkassen soweit als möglich durchgeführt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wird, nützt sowohl der Wirtschaft als den Einlegern; denn auch diesen ist nicht gedient mit einem ständigen Auf- und Abgleiten des Zinssatzes, entsprechend dem Reichsbankdiskontsatz, dessen Änderungen vielfach ja nicht aus geld- oder kapitalpolitischen, sondern aus währungspolitischen Gründen erfolgen. Die öffentlichen Sparkassen befinden sich bei ihrem Vorgehen, die Belastung der Wirtschaft eher zu senken als zu vergrößern, auch in voller Übereinstimmung mit dem Landtag, der Regierung, wie überhaupt der gesamten Öffentlichkeit. Wenn allerdings die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf längere Dauer bestehen bleibt, müssen selbstverständlich auch die Sparkassen erneut zu der Frage Stellung nehmen. Vorerst aber besteht doch die begründete Hoffnung, daß recht bald wieder durch das Zurückgehen des Reichsbankdiskonts eine größere Beruhigung der Wirtschaft eintritt.

Börsen und Geldmarkt

Während der letzte Bericht unter dem Eindruck einer Baissestimmung größten Ausmaßes erstattet werden mußte, ist über Nacht eine völlig **unerwartete Wendung** zur Hausse gekommen, in deren Zeichen dieser Bericht geschrieben wird. Hoovers Aktion hat den Alpdruck gelöst, der nicht nur auf den deutschen Börsen und Geldmärkten, sondern ebenso auf denen des Auslandes lag, und nicht nur die deutsche Börse, sondern die Börsen der ganzen Welt haben auf den Hoover-Plan mit einer so stürmischen Hausse reagiert, wie sie in der Börsengeschichte außerordentlich selten ist. Was die **Diskontheraufsetzung** in **Berlin** und die versteckten **Kreditrestriktionen** der Reichsbank nicht erreichen konnten, nämlich die Abstoppung der Abwanderung der **kurzfristigen** Kredite aus Deutschland, das hat ein Wort, jenseits des Ozeans gesprochen, zustande gebracht.

Zwar ist der Reichsbankausweis für die dritte Juniwoche niederdrückend, hat sich doch die Notendeckung auf 40,4 Proz. (das Minimum liegt bei 40) vermindert. Ein ernstes Zeichen, wenn nicht so viele günstige Umstände darauf schließen ließen, daß der Tiefpunkt erreicht ist. Ein Überbrückungskredit von 100 Millionen Dollar der BIZ., der Bank von England, der Bank von Frankreich und der Neuyorker Bundesreservebank ist perfekt geworden, so daß trotz der ziemlich steifen Geldmarktlage und der im Hinblick auf den Ultimo wieder aufgelebten Devisennachfrage Schwierigkeiten bei der Ultimoüberwindung nicht zu erwarten sind.

Das **Börsenniveau** erreichte am ersten Tage der Berichtswoche seinen Tiefpunkt. Der Samstag stellte das Donnerstagniveau wieder her, am Montag herrschte Hoover-Hausse mit Kurserhöhungen von durchschnittlich 10 bis 15 Punkten, am Dienstag und Mittwoch erfolgte die Reaktion und am gestrigen Donnerstag herrschte eine vorwiegend freundliche Tendenz bei gut behaupteten Kursen. Die starke Hausse am Montag wurde nicht nur durch außerordentlich große Kaufaorders des Publikums, sondern vor allem auch durch überstürzte Deckungskäufe der Baissepartei ausgelöst. So kam es, daß in verschiedenen Papieren die Zuteilungen gekürzt werden mußten. Wie das Niveau sich gegenüber der Vorwoche verschoben hat, mögen die nachfolgenden Kursreihen veranschaulichen. Es werden die Zahlen vom 18., 19., 22. und 25. Juni angegeben:

	18.	19.	22.	25.
Reichsbank	125	123⅝	137⅞	142⅛
AEG.	81½	79¼	97	96¼
Bemberg	73¾	69	91	90½
Deutsch Linoleum	53	51	64	65¼
J. G.-Farben	120¾	116½	138¾	136¼
Hirsch Kupfer	110	—	110	121
Kali Aschersleben	109¾	103½	130	122¾
Siemens & Halske	133	126¼	155	157¾
Vereinigte Stahl	39	36½	48	47¾.

Die undurchsichtigen Verhältnisse führten bei Nordwolle zu einer erneuten Abschwächung, so daß das Papier, das mit 14,5 in der vorigen Woche einen neuen Tiefkurs erreichte, zwar anfänglich von der Hausse einige Punkte hinaufgetragen wurde, hatte gestern jedoch mit 14 Punkten einen Rekordtiefstand.

Tonwareninduftrie Wiesloch AG. in Wiesloch. Die Gesellschaft, die laut Beschluß der Generalversammlung vom 3. Juni 1930 zur Berichtigung der Bilanzwerte eine **Kapitalzusammenlegung** im Verhältnis von 10 : 7 durchführte, erzielte im Geschäftsjahr 1930 einen **Reingewinn** von 62 651 *RM*, der sich um den Gewinnvortrag auf 74 387 *RM* erhöht. Der am 26. Juni stattfindenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, **4 Proz. Dividende** auf die Stammaktien und 6 Proz. Vorzugsdividende zu verteilen (i. V. —). Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: Das abgelaufene Geschäftsjahr zählt zu den unerfreulichsten seit Beendigung des Weltkrieges. Infolge vorhandener großer Lagerbestände waren wir erst Anfang April in der Lage, den Fabrikationsbetrieb aufzunehmen, da die Bautätigkeit verhältnismäßig spät einsetzte und gegenüber dem Vorjahr außerordentlich zurückging. Die bereits gegen Ende 1929 eingetretenen Absatzstockungen hielten auch weiterhin an, so daß wir uns gezwungen sahen, den **Betrieb** gegen Mitte November wieder zu **schließen**. Während infolge Überproduktion und Absatzmangel die Preise stark rückläufig waren, konnten die Gestehungskosten nicht gesenkt werden. Die ausgeführten umfangreichen Werks- und Fabrikationsverbesserungen haben die daran geknüpften Erwartungen voll erfüllt. Mit der Frankfurter Baustoffbeschaffungs-AG. Abt. Deutsche Klinker- und Ziegelwerke Meerholz haben wir zum Zwecke des Austausches von Fabrikationserfahrungen und Modellen eine Interessengemeinschaft geschlossen.

Ruhr-Syndikat in der Schweiz. Unter Mitwirkung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats in Essen wurde in **Basel** die **Ruhrkohlen-AG.** für Brennstoffe mit einem Aktienkapital von 1 Mill. Franken gegründet. Das neue Unternehmen bezweckt den Handel mit Kohlen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats in der Schweiz.

Nordstern-Sanierung. Die Hauptversammlung der „Nordstern und Vaterländische" Allgemeine Versicherungs-AG., Berlin, wurde vertagt, da der Aufsichtsratsvorsitzende erklärte, vor Abschluß der Verhandlungen mit der Rheinischen Gruppe, die eine besonders vorsichtige Bilanz aufgestellt sehen will, noch keine Bilanz vorlegen zu können. In der anschließenden Aufsichtsratssitzung wurde mitgeteilt, daß der „Nordstern und Vaterlädische" die Vorschläge der rheinischen Gruppe angenommen hat. Danach soll diese Gruppe in Zukunft die Aktienmajorität der „Nordstern und Vaterländische" besitzen. Zu diesem Zweck wird das **Aktienkapital** der „Nordstern und Vaterländische" **von zur Zeit 8 Mill. Reichsmark auf 4 Mill. Reichsmark zusammengelegt** und alsdann wieder **auf 6 Mill. Reichsmark** (voll eingezahlt mit 600 000 *RM* Reservefonds) **erhöht.** Damit diese Änderung des ursprünglichen Planes keinerlei Beunruhigung im Kreise der Versicherten hervorruft, haben die Aachener und Münchener und die Colonia sich bereit erklärt, Garantien für die direkten Versicherungsverträge zu übernehmen.

Hanomag. Die Hannoversche Maschinenbau AG. vorm. Georg Egestorff (Hanomag), Hannover, erzielte 1930 einen Betriebsüberschuß von 3 825 091 (6 806 914) *RM*, andererseits erforderten allgemeine Geschäftskosten 3 655 493 (3 443 767) Reichsmark, Steuern und soziale Lasten 1 552 430 (1 483 137) Reichsmark, Zinsen 1 013 569 (1 161 981) *RM* und Abschreibungen 1 338 832 (1 427 742) *RM*, so daß sich ein **Verlust von 3 735 234** (697 643) *RM* ergibt. Dieser Verlust und die durch die Aufgabe des Lokomotivbaues eingetretene Verringerung des Geschäftsumfanges veranlaßt die Verwaltung, der Hauptversammlung am 4. Juli vorzuschlagen, das **Aktienkapital** einschließlich Vorzugsaktien **von 14 466 600 *RM* auf 9 Mill. Reichsmark zusammenzulegen.** Damit wird das Kapital nahezu auf den Vorkriegsstand zurückgeführt. Die Verwaltung hofft, durch die vorgeschlagene Umstellung die Grundlage für eine künftige Rentabilität des Werkes zu schaffen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Geheimer Hofrat Glaser, 90 Jahre alt

bld. **Heidelberg**, 26. Juni. Der am 27. Juni 1841 in der Pfalz geborene, zur Zeit in Heidelberg lebende Senior der deutschen Chemie-Wirtschaft, Geheimer Hofrat Dr. phil. Dr.-Ing. h. c. **Carl Glaser** feiert am Samstag seinen **90. Geburtstag.**

Der Jubilar, ein Schüler von Liebig, trat zu Beginn der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in die Dienste der damaligen Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. Nachdem er im Jahre 1879 stellvertretender Direktor dieses Unternehmens geworden war, wurde er 1883 in den Vorstand dieser Gesellschaft berufen, 1895 wurde er in Aufsichtsrat gewählt, dessen Vorsitzender er von 1911 bis 1929 war. Die Herstellung eines durch keine Konkurrenz zu überbietenden **Alizarins** war einer der größten Erfolge unter den vielen, die er auf allen möglichen Gebieten seiner vielgestaltigen Tätigkeit zu verzeichnen hatte. Nachdem die ehemalige badische Anilin- und Sodafabrik in dem großen Unternehmen der J. G. Farbenindustrie aufgegangen ist, darf auch Glaser zu denjenigen Männern zählen, die der deutschen chemischen Industrie aus verhältnismäßig kleinen Anfängen den Weg zur wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Weltgeltung bereitet haben.

Der Stadtrat **Kirchheimbolanden** (Pfalz) hat eine Straße nach Glaser benannt.

Das badische Gesetz- und Verordnungsblatt enthält das vom Badischen Landtag kürzlich verabschiedete Gesetz über die Grunderwerbsteuer und die Zuwachssteuer, ferner eine Verordnung des Ministers des Innern über die Gemeinnützigkeit von Wohnungsunternehmen.

DZ. **Mosbach**, 26. Juni. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein evangelischer Geistlicher, der zuletzt in Bettingen (Bezirk Wertheim) beamtete Pfarrer Dr. **Fink**, 41 Jahre alt und verheiratet, wegen Sittlichkeitsverbrechen und wegen Vergehens gegen § 218 zu verantworten. — Der Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre Gefängnis, gegen das betreffende Mädchen 1 Monat Gefängnis. Das Gericht verurteilte Fink nach längerer Beratung zu **einem Jahr Gefängnis**, das Mädchen zu einem Monat Gefängnis. Der Haftbefehl gegen Fink bleibt aufrechterhalten. Dem Mädchen wird bedingter Straferlaß gewährt.

DZ. **Gernsbach**, 26. Juni. Am kommenden Samstag zwischen 13 und 18 Uhr findet beim hiesigen Postamt die Überleitung des Fernsprechbetriebs auf **Selbstanschlußbetrieb** statt. Telegraphenhandwerker werden von Teilnehmer zu Teilnehmer gehen und die neuen Apparate einschalten, gleichzeitig werden sie die Teilnehmer im Gebrauch des neuen Apparates unterweisen. Am Tage vorher wird im Rathaussaal durch einen Telegraphenbeamten ein kurzer Vortrag für den Selbstanschlußbetrieb gehalten werden.

* **Kehl**, 26. Juni. Zum Fall **Paul Schwartz**, des **letzten deutschen Kriegsteilnehmers**, der sich noch immer in der französischen Strafkolonie Cayenne befindet, wird gemeldet, daß sich nunmehr auch ein französischer Rechtsanwalt, Eugene **Frot**, der Sache angenommen hat. Es handelt sich bekanntlich um eine grundsätzliche Frage der **strittigen Staatsangehörigkeit.** Um die formellen Schwierigkeiten, die bisher bestanden haben, zu beheben, hat nunmehr auch Rechtsanwalt Frot wie der deutsche Verteidiger von Schwartz an das französische Kriegsministerium einen Antrag auf Entlassung aus dem französischen Staatsverband gerichtet.

bld. **Hornberg**, 26, Juni. Am Sonntag, den 21. Juni fand unter starker Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, die Eröffnung der **Jugendherberge Hornberg** i. Schw. statt. Sie ist im ehemaligen Schützenhaus untergebracht. Neben einem kleinen Tagesraum, einer Küche und Waschgelegenheit sind Schlafräume für insgesamt 50 Herbergsgäste vorhanden.

Staatsanzeiger
Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Oberregierungsrat i. e. R. Dr. **Klotz** zum Ministerialrat im Ministerium des Innern; prakt. Tierarzt Dr. Josef **Schäfer** in Lauda zum Veterinärrat als Bezirkstierarzt in Wertheim.

Planmäßig angestellt:

Ministerialamtsgehilfe Ludwig **Zieger** beim Ministerium des Innern; die Verwaltungspraktikanten Franz **Prötzner** beim Bezirksamt Pforzheim und Karl **Bauer** an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen als Verwaltungsobersekretäre.

Versetzt:

Veterinärrat als Bezirkstierarzt Dr. Johann **Schwär** in Wertheim nach Engen; Polizeioberinspektor Wilhelm **Weinkauf** beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Karlsruhe zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Freiburg; Verwaltungsobersekretär Wilhelm **Brütz** bei der Polizeidirektion Baden-Baden zum Bezirksamt Lörrach.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:

Gendarmerieoberwachtmeister August **Dornes** in Schopfingen.

Gestorben:

Maschinenmeister Josef **Fritz** in Baden-Baden.

Justizministerium

Ernannt:

Amtsgerichtsrat Dr. Johann **Rieber** in Neustadt zum Landgerichtsrat in Konstanz, Justizaktuar Stefan **Österle** beim Notariat Karlsruhe zum Justizassistenten.

Enthoben auf Antrag:

Handelsrichter Fabrikdirektor Wilhelm **Schell** in Offenburg bei der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Offenburg.

Zur Ruhe gesetzt:

Werkmeisterin Frieda **Schneider** bei den Strafanstalten in Bruchsal bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Gestorben:

Kanzleiassistentin Maria **Göhrig** beim Amtsgericht Heidelberg.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen:

Die Rechtsanwälte August **Wielandt** beim Amtsgericht Breisach und Landgericht Freiburg nach Verzicht auf Zulassung beim Amtsgericht Schopfheim und Landgericht Waldshut, und Dr. Max **Schliep**, bisher in Karlsruhe, beim Amtsgericht Baden unter Aufrechterhaltung seiner Zulassung beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelssachen in Pforzheim.

Gestorben:

Rechtsanwalt Albert **Kusel** in Karlsruhe.

L. Schweisgut Pianos

Erbprinzenstraße 4, beim Rondellplatz

Die bevorstehenden

Ferien

eignen sich zur Vornahme größerer

Klavier-Reparaturen

Dieselben übernimmt zur gediegensten Ausführung

Ludwig Schweisgut

Erbprinzenstr. 4, beim Rondellplatz
Telephon Nr. 1711

L.97

Wir werben für Sie!

Oeffentliche Sparkasse Kenzingen

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen	RM
1. Kassenbestand	18 323,06
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	102 668,36
3. Wertpapiere	147 762,50
4. Wechsel	113 718,75
5. Darlehen auf Hypothek	1 985 332,55
6. Darlehen in lfd. Rechnung an Private	461 097,48
7. Darlehen a. Schuldschein	671 378,01
8. Darlehen an Gemeinden	580 114,—
9. Aufwertungsforderung	1 304 014,08
10. Einnahmerückstände	123 246,61
11. Grundstücke u. Gebäude	154 937,62
12. Gerätschaften	21 284,80
	5 683 877,82

Verbindlichkeiten:	RM
1. Spareinlagen	3 347 368,37
2. Aufwertungsspareinlagen	1 486 188,85
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	386 668,91
4. Sonstige Einlagen	—,—
5. Anlehens- und andere Schulden	97 523,14
6. Ausgaberückstände	3 368,25
7. Rücklagen:	
a) Gesetzl. Res.-Fonds	239 252,98
b) Sonderrücklage	76 059,22
8. Reingewinn vom Jahre 1930	47 448,10
	5 683 877,82

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8 % aus 3 734 037,— *RM* . . . . . = 298 722,96 *RM*
Sie beträgt auf Schluß des Jahres . . . 362 760,30 *RM*
Somit mehr . . . 64 037,34 *RM*

Kenzingen, den 22. Juni 1931. R.531

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Baptist.
Der Geschäftsleiter: Häringer.

Bei der Stadtgemeinde Breisach ist sofort die Stelle eines

Schutzmanns

zu besetzen. Verlangt wird erfolgreicher Besuch der Polizeischule oder Mindestdienstzeit von 5 Jahren bei der staatlichen Polizei oder Gendarmerie. Besoldung erfolgt nach Gruppe III der städt. Besoldungsordnung.

Bewerbungen sind bis **spätestens 10. Juli 1931** an den Bürgermeister in Breisach zu richten. Die Stelle ist den Versorgungsanwärtern vorbehalten.

Breisach, den 24. Juni 1931. **8.264**

Der Bürgermeister.

Badisches Landestheater

Samstag, 27. Juni 1931
Zu kleinen Preisen

Der lustige Krieg
Operette von Johann Strauß
Dirigent: Krips

Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Blank, Seiberlich, Burk, Lindemann, Motschmann, R. Rivinius, Tubach, Brand, Hospach, Kalnbach, Kiefer, Kloeble, Löser, Nentwig, H. Lindemann, H. Rivinius

Anfang 20 Ende 22¾
Preise 0,50—3,50 *RM*

So. 28. 6. Nachmittags: Der Hauptmann von Köpenick. Abends: Boris Godunow. Im Konzerthaus: Keine Vorstellung.

Druck G. Braun, Karlsruhe.